

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/069(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 12.09.2007	Altes Rathaus, Hansesaal	16:00Uhr	20:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift

- 4 Beschlussvorlagen, Informationen, Anträge, Stellungnahmen**
- 4.1 Grundstück Kristallpalast
Vorlage: I0197/07
BE: FB 23
- 4.2 Übersicht über die Haushaltsausgabereste (Dez. III)
BE: Dez. III; 18:00 Uhr
- 4.3 Übersicht über den Stand der neuen Konsolidierungsmaßnahmen in
Folge von DS0126/07
Vorlage: I0246/07
BE: FB 02
- 4.4 2. Änderungssatzung zur Sondernutzungssatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0323/07
BE: Amt 66 ; 18:10 Uhr

- 4.5 Neufassung der Sondernutzungsgebührensatzung gemäß Haushaltskonsolidierung Nr. 118
Vorlage: DS0288/07
BE: Amt 66
- 4.6 1. Änderung der Parkgebührenordnung gemäß Haushaltskonsolidierung-Nr. 120
Vorlage: DS0261/07
BE: Amt 66
- 4.7 HHK-Maßnahme Nr. 107 - Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen -
Vorlage: DS0338/07
BE: Amt 66
- 4.8 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/65
- 4.8.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0163/07
BE: Amt 66
- 4.9 Konzeption "Fahrrad-Wegweisung"
Vorlage: DS0251/07
- 4.9.1 Konzeption "Fahrrad-Wegweisung"
Vorlage: DS0251/07/1
BE: Amt 61; 18:40 Uhr
- 4.10 Information zur DS 0342/07 - HHK-Maßnahme 112 "Personalanpassung der Stadtverwaltung"
Vorlage: I0239/07
BE: FB 01; 18:50 Uhr
- 4.11 Umsetzung HKK 109 "Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Bäderbetriebes"
Vorlage: DS0329/07
BE: FB 40; 19:00 Uhr
- 4.12 HKK-Maßnahme 111 "Straffung der Schulentwicklungsplanung unter wirtschaftlichen Aspekten - BbS"
Vorlage: DS0301/07
BE: FB 40

- 4.13 Schulsportveranstaltungen
Vorlage: A0106/07
- 4.13.1 Schulsportveranstaltungen
Vorlage: S0191/07
BE: FB 40

- 4.14 Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 108 -
Unterbringung der Verwaltung
Vorlage: DS0318/07
BE: EB KGm; 19:25 Uhr

- 4.15 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: A0116/07
- 4.15.1 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: S0177/07
BE: EB KGm

- 4.16 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/34
- 4.16.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/34/1
- 4.16.2 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0143/07
BE: EB SFM; 19:40 Uhr

- 4.17 Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2007
Vorlage: I0219/07
BE: FB 02; 19:50 Uhr

- 4.18 Neues Kommunales Haushalts- und Kassenwesen (NKHR)
Vorstellung des Schulungskonzeptes
Vorlage: I0198/07
BE: FB 02

- 4.19 Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2006
Vorlage: DS0356/07
BE: FB 02

- 4.20 Jahresabschluss 2006 der GISE-Gesellschaft für Innovation,
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH)
Vorlage: DS0373/07
BE: FB 02

- 4.21 Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 116
Vorlage: DS0391/07
BE: FB 02
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Schriftführer

Frau Michaela Paetsch

Abwesend

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es sind insgesamt 8 Stadträte anwesend.

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

Herr Bromberg verweist darauf, dass der TOP 3.1 erst am 26.09.2007 im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt werden kann, da der Eigenbetrieb SSW heute nicht anwesend ist. Des Weiteren erläutert er, dass zum TOP 4.8 noch ein Änderungsantrag (DS0251/07/1) vorliegend ist. Im Übrigen wurde der TOP 4.14 bis 4.14.1 im StBV vertagt und wird somit heute ebenfalls nicht im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt. Der TOP 4.18 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs zu anderen Tagesordnungspunkten auf Wunsch der Verwaltung vorgezogen und direkt hinter dem TOP 4.2 behandelt.

Herr Meinecke bittet darum, den TOP 2.2 auf die nächste Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses zu verschieben, da es dazu noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion gibt.

Herr Bromberg spricht sich dafür aus, die Drucksache heute zumindest vorzubereiten, um in der nächsten Sitzung darüber ein Votum abgeben zu können. Er schlägt weiterhin vor, die Beratung zu diesem Punkt zunächst ohne den Entwicklungsträger zu führen, um ein Meinungsbild zu erarbeiten.

Herr Westphal weist darauf hin, dass zu der Stellungnahme S0163/07 im TOP 4.7 der entsprechende Antrag DS0126/07/65 nicht in der Tagesordnung ausgewiesen wird.

Herr Schindehütte verweist darauf, dass der TOP 4.12 im Zusammenhang mit dem Antrag A0025/07 steht.

Herr Stern merkt kritisch an, dass zur DS0347/07 (TOP 3.10) keine Beteiligung des StBV vorgesehen ist.

Herr Zimmermann macht den Vorschlag, die Drucksache in der heutigen Sitzung kurz aufzurufen und dann in den StBV zu überweisen. Danach wird die Drucksache nochmals im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird mit 8 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschrift

Da die Niederschrift vom 29.08.2007 noch nicht vorliegend ist, entfällt dieser TOP.

4. Beschlussvorlagen, Informationen, Anträge, Stellungnahmen

4.1. Grundstück Kristallpalast Vorlage: I0197/07

Von den Stadträten wird keine weitere Einbringung der Information durch die Verwaltung gewünscht. **Herr Westphal** bittet jedoch darum, dass zukünftig auch die entsprechenden Beschluss-Nummern aufgeführt werden.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

4.2. Übersicht über die Haushaltsausgabereste (Dez. III)

Frau Marxmeier erläutert, dass 32.900 EUR an Haushaltsausgaberesten aus den Haushaltsstellen 2.79101.940000.3-03 (115.100 EUR) und 2.79101.940100.1-03 (12.800 EUR) durch das Dezernat III freigemeldet werden können. Von der ursprünglichen Summe dieser Haushaltsausgabereste wurden 45 TEUR für die Erschließung des Hansehafens und jeweils 25 TEUR als Stammkapitaleinlage für das Städtische Klinikum und die Städtische Seniorenwohnanlage verwendet.

Herr Schindehütte verweist auf die Investitionsmaßnahme für die Judohalle des FSV 1895 für deren Fertigstellung als Komplementärfinanzierung noch 30 TEUR benötigt werden. Aus diesem Grund stellt er den Antrag den nicht mehr benötigten Haushaltsausgaberest des Dezernates III für diese Maßnahme einzusetzen.

Frau Wübbenhorst unterstützt diesen Antrag. **Herr Bromberg** ergänzt, dass seine Fraktion den Antragstellern bereits Unterstützung in dieser Angelegenheit zugesagt hat.

Herr Westphal spricht sich gegen eine ad-hoc-Entscheidung des Finanz- und Grundstücksausschusses zu diesem Antrag aus und bitte um die Vorlage eines schriftlichen Antrages zur nächsten Sitzung. Im Übrigen möchte er wissen, wer das Dezernat III ermächtigt hat, die Haushaltsausgabereste für andere Maßnahmen, als die mit dem Haushalt im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen einzusetzen. Des Weiteren bittet er in Zukunft um eine Gesamtübersicht aller Haushaltsausgabereste und nicht um eine dezernatsweise Darstellung.

Herr Zimmermann erläutert, dass die vom Fachbereich Finanzservice vorgegebene Systematik für die Darstellung der Haushaltsausgabereste trotz umfassender Erklärungen von den Dezernaten nicht immer eingehalten wird. Im Übrigen verweist er darauf, dass der Oberbürgermeister bis zu 250 TEUR ermächtigt ist, frei über die Verwendung der Haushaltsausgabereste zu entscheiden.

Frau Marxmeier ergänzt, dass es für die 45 TEUR zur Erschließung des Hansehafens eine Drucksache (DS0111/07) gibt, die vom Oberbürgermeister beschlossen wurde, aber auch von den Stadträten eingesehen werden kann. Des Weiteren werden derzeit für die anderen beiden Verwendungszwecke (Stammkapitaleinlage für das Städtische Klinikum und die Städtische Seniorenwohnanlage) Drucksachen erarbeitet werden, die auch in den Stadtrat gehen.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass der Stadtrat die Investitionsprioritätenliste beschlossen hat und damit verbindlich festgelegt hat, in welcher Reihenfolge welche Investitionsmaßnahmen zu realisieren sind.

Frau Meinecke macht den Vorschlag, dass zur nächsten Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses am 26.09.2007 ein entsprechender Antrag für die Verwendung des freigemeldeten Haushaltsausgaberesstes des Dezernates III vorgelegt wird.

Daraufhin einigen sich **Herr Bromberg** und **Herr Schindehütte**, dass sie gemeinsam zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag formulieren und einbringen werden.

4.3. Übersicht über den Stand der neuen Konsolidierungsmaßnahmen
in Folge von DS0126/07
Vorlage: I0246/07

Der Tagesordnungspunkt 4.18 laut Einladung wurde vorverlegt auf TOP 4.3.

Herr Zimmermann gibt einige einführende Erläuterungen zu der vorgelegten Information. Im Übrigen verweist er nochmals auf die Verfügung des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2007 und macht darauf aufmerksam, dass die Haushaltssperre wieder in Kraft treten muss, wenn die Landeshauptstadt Magdeburg die Anordnungen des Landesverwaltungsamtes zur Vorlage der beschlossenen und untersetzten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht einhält. Demnach ist der Verwaltung verpflichtet dem Landesverwaltungsamt bis zum 30.09.2007 für die rot dargestellten Maßnahmen die entsprechenden Drucksachen vorzulegen.

Herr Westphal macht einige kritische Bemerkungen zur Schaltung der Lichtsignalanlagen während des Mechthild-Festes und sieht hier noch Einsparpotential.

Die Information wird von der Stadträten zur Kenntnis genommen.

4.4. 2. Änderungssatzung zur Sondernutzungssatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0323/07

Herr Bromberg möchte wissen, was der § 3 Abs. 1 auf Seite 3 konkret bedeutet.

Herr Gebhardt erläutert, dass alle Installationen, die tiefer als 4,50 m angebracht werden, gebührenpflichtig sind, wenn diese zu Einschränkungen im Straßenverkehr führen könnten.

Herr Bromberg fragt nach, ob eine Fassadenreinigung als vorübergehende Lagerung nach § 6 anerkannt wird.

Herr Gebhardt macht deutlich, dass lediglich kurzzeitige Lagerungen gebührenfrei sind, alle länger andauernden sind hingegen gebührenpflichtig. Somit wird eine Fassadenreinigung in der Regel nicht gebührenpflichtig sein.

Herr Schindehütte sieht insbesondere mit Blick auf die Größe der genehmigten Absperrungen noch Handlungsbedarf, da diese oft überdimensioniert seien. Im Übrigen ist er der Auffassung, dass das Ordnungsamt verstärkt Kontrollen durchführen und prüfen sollte, ob tatsächlich eine Sondernutzungsgenehmigung erteilt wurde.

Herr Stern nimmt kritisch Bezug auf den § 6 Abs. 4 und möchte wissen, wer sich diese Regelung ausgedacht hat.

Frau Meinecke verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadt Konstanz, in der Straßenmusikanten eine Sondernutzungsgenehmigung mitführen müssen.

Die Drucksache wird von den Stadträten lediglich zur Kenntnis genommen.

4.5. Neufassung der Sondernutzungsgebührensatzung gemäß
Haushaltskonsolidierung Nr. 118
Vorlage: DS0288/07

Herr Franke macht deutlich, dass die FDP-Ratsfraktion dieser Drucksache nicht zustimmen wird, da man mit einer solchen Regelung vor allem die Gewerbetreibenden verärgern werde und die Stadt mit dieser Maßnahme lediglich 30 TEUR zusätzliche Einnahmen erzielen könne. Dies steht für ihn in keinem angemessenen Verhältnis zu einander.

Herr Zimmermann verweist darauf, dass dies ein Antrag aus dem Stadtrat war.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 5 – 3 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

4.6. 1. Änderung der Parkgebührenordnung gemäß
Haushaltskonsolidierung-Nr. 120
Vorlage: DS0261/07

Herr Gebhardt führt aus, dass mit dieser Drucksache alle Parkflächen in der Innenstadt gebührenpflichtig werden sollen und zusätzlich die Gebührenpflicht bis 20:00 Uhr ausgeweitet werden soll. Im Übrigen soll mit dieser Drucksache das Kurzzeitparken unterstützt werden.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass in diesem Zusammenhang zusätzliche Anwohnerparkflächen bereitgestellt werden müssten, da man sonst die Innenstadtbewohner benachteiligen würde.

Herr Stern macht deutlich, dass sich der Stadtrat lediglich für die Erweiterung der gebührenpflichtigen Parkflächen ausgesprochen hat und nicht für die Verlängerung der gebührenpflichtigen Zeiten. Aus diesem Grund lehnt er diese Drucksache ab.

Herr Schindehütte ist der Auffassung, dass die Verwaltung nochmals den Vorschlag der „Brötchentaste“ prüfen sollte. Im Übrigen hält er die Ausweitung der Gebührenpflicht für die Parkflächen in der Leipziger Straße und in der Brenneckestraße aufgrund der Nähe zum Uniklinikum für wenig sinnvoll.

Frau Meinecke merkt an, dass lediglich Karstadt, C&A, das Allee Center und das Ullrichshaus länger als bis 18:00 Uhr geöffnet haben.

Herr Westphal hält die Ausweitung der gebührenpflichtigen Zeiten nicht für problematisch. Allerdings ist er gegen eine Bestrafung der Innenstadtbewohner durch die Ausweitung der Parkflächen und die Erhebung der 30 EUR für den Anwohnerparkausweis.

Herr Bromberg nimmt Bezug auf die Tabelle auf Seite 3 der Drucksache und die dort aufgelisteten Gebühren. Diese ist für in nicht logisch.

Herr Weinert erläutert, dass bei der Drucksachenanpassung versäumt wurde, die Höchstparkdauer von 12 Stunden auf 11,5 Stunden zu korrigieren.

Auf Nachfrage von **Herrn Bromberg** ergänzt **Herr Gebhardt**, dass nach Erreichen der Höchstparkdauer keine weiteren Gebühren fällig sind.

Des Weiteren führt **Herr Gebhardt** aus, dass man am Alten Markt aufgrund des Wochenmarktes, der an jeweils 2 Tagen stattfindet, keine Parkscheinautomaten aufstellen wird, da sich dies in diesem Zusammenhang nicht als wirtschaftlich erweist. Darüber hinaus erläutert er, dass es sich bei den Kosten für den Anwohnerparkausweis lediglich um eine Verwaltungsgebühr handelt und der Erwerber damit keinen Anspruch auf eine bestimmte Parkfläche hat.

Herr Westphal bittet um Auskunft, warum der Anwohnerparkausweis jährlich beantragt werden muss.

Herr Gebhardt erwidert, dass dies ggf. zu prüfen ist. Mit Bezug auf den Vorschlag zur „Brötchentaste“ merkt er an, dass dies einen erheblichen Umprogrammierungsaufwand verursachen würde und auch ein Missbrauch durch spielende Kinder etc. sei dann nicht mehr auszuschließen.

Herr Bromberg macht den Vorschlag über die Drucksache in den einzelnen Beschlusspunkten getrennt abzustimmen. Zusätzlich sollte sich, aufgrund des aufgezeigten Klärungsbedarfs, der Beschlusspunkt 1 lediglich auf die bereits bestehenden Parkflächen beziehen. Dies wird von den anderen Stadträten unterstützt.

Anschließend stellt er die einzelnen Beschlusspunkte zur Abstimmung.

Der Beschlusspunkt 1 der DS0261/07 mit der Einschränkung der Gebührenerhöhung für die bereits bestehenden Parkflächen wird dem Stadtrat mit 3 – 3 – 2 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Für den Beschlusspunkt 2 der DS0261/07 stellt **Herr Bromberg** dem Geschäftsordnungsantrag Überweisung in den StBV.

Diesem Antrag wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses mit 5 – 3 – 0 zugestimmt.

- 4.7. HHK-Maßnahme Nr. 107 - Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen -
Vorlage: DS0338/07
-

Herr Franke merkt an, dass die Drucksache zum Teil widersprüchliche Aussagen enthält. So wird auf Seite 5 dargestellt, dass keine negativen Auswirkungen auf das Stadtbild zu erwarten sind. Auf Seite ... wird jedoch genau vom Gegenteil gesprochen. Im Übrigen möchte er wissen, ob die Steigerung der Energiepreise in den kommenden Jahren entsprechend berücksichtigt wurde.

Herr Stern verweist auf die Berliner Chaussee und betrachtet die Lichtsignalanlagen an dieser Stelle auch als eine Art Sicherheitsfaktor. Allerdings sollte sich innerhalb der Verwaltung die Einstellung gegenüber der Einrichtung eines Kreisverkehrs als Alternative zu den Lichtsignalanlagen verändern.

Herr Gebhardt stellt dar, dass in der Folge der SAB weniger Reinigungseinsätze durchführen wird, so dass nach Ansicht des Amtes 66 mit einer negativen Auswirkung auf das Stadtbild gerechnet werden muss. Im Übrigen bietet das Amt 66 den Stadträten an, ihnen in einem Vorortgespräch genau zu erläutern, wie die Lichtsignalsteuerung erfolgt. Auf die Frage von Herrn Franke erwidert er, dass bei den Energiekosten von den derzeit bestehenden Konditionen ausgegangen wurde.

Herr Bromberg fragt nach, warum auf dem Neuen Renneweg gesonderte Linksabbiegerampeln erforderlich sind. Seiner Ansicht nach reicht eine eingerichtete Linksabbiegerspur aus, um die Kreuzung gefahrlos zu passieren.

Herr Gebhardt erläutert, dass es sich bei dem Neuen Renneweg um eine 4-spurige Straße handelt und aufgrund der gesetzlichen Regelungen bei zwei Gegenrichtungsfahrbahnen eine Lichtsignalanlage eingerichtet werden muss.

Herr Westphal ist der Meinung, dass die Stadträte die Drucksache nur zur Kenntnis nehmen sollen. Im Übrigen hält er die Ampelschaltungen zum Beispiel während des Mechthild-Festes und während des Weihnachtsmarktes auf dem Breiten Weg für überflüssig.

Frau Wübbenhorst unterstützt die Auffassung von Herrn Westphal. Im Übrigen sollte man bei den aufgezeigten Folgen ganz genau prüfen, welche man davon tatsächlich verantworten kann.

Herr Meinecke macht deutlich, dass er es unredlich finden würde, wenn die Verwaltung die Folgen dieser Maßnahme in der Drucksache nicht mit dargestellt hätte.

Frau Meinecke findet es ebenfalls nicht gut, dass sich die Stadträte aufgrund der aufgezeigten Folgen nicht durch ein Votum zu dieser Drucksache positionieren wollen.

Auch **Herr Franke** unterstützt die Auffassung von Herrn Meinecke, dass die möglichen Nachteile dieser Maßnahme in der Drucksache mit dargestellt werden.

Herr Gebhardt führt ergänzt zu seinen obigen Erläuterungen aus, dass es gesetzliche Regelungen gebe, wonach auch nachts bestimmte Lichtsignalanlagen eingeschaltet bleiben müssen.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 4 – 3 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.8. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/65
 - 4.8.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0163/07
-

Herr Stern äußert sein Unverständnis darüber, dass es eine so lange Zeitdifferenz zwischen dem Ausbau und der Gebührenbescheiderstellung für den Straßenausbaubeitrag gibt.

Herr Westphal macht deutlich, dass er dem Antrag nicht folgen wird.

Anschließend stellt **Herrn Bromberg** den Antrag DS0126/07/65 zur Abstimmung.

Der Antrag DS0126/07/65 wird dem Stadtrat mit 0 – 7 – 1 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0163/07 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.9. Konzeption "Fahrrad-Wegweisung"
Vorlage: DS0251/07
 - 4.9.1. Konzeption "Fahrrad-Wegweisung"
Vorlage: DS0251/07/1
-

Herr Schneider gibt eine kurze Einführung in die Drucksache .

Herr Schindehütte möchte mit Bezug auf die Ausführungen von Herrn Schneider wissen, was TG LSA heißt.

Herr Schneider erläutert, das TG LSA die Abkürzung für die Trägergesellschaft Land Sachsen Anhalt ist.

Herr Bromberg verlässt gegen 19:30 Uhr kurzzeitig die Sitzung und **Frau Meinecke** übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Westphal gibt das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Regionalentwicklung ... bekannt: 6 – 0 – 0. Im Übrigen verweist er darauf, dass ein Zeichen der dargestellten Radwegebeschilderung auch als Kennzeichen für Konzentrationslager verwendet wird. Aus diesem Grund hat der Umweltausschuss darum gebeten, dieses Schild nochmals zu überarbeiten.

Anschließend stellt **Frau Meinecke** den Änderungsantrag DS0251/07/1 und die Drucksache zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag DS0251/07/1 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen

Die so geänderte Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 0 ebenfalls zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.10. Information zur DS 0342/07 - HHK-Maßnahme 112
"Personalanpassung der Stadtverwaltung"
Vorlage: I0239/07
-

Von den Stadträten wird keine weitere Einbringung der Information durch die Verwaltung gewünscht.

Die Information wird von der Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.11. Umsetzung HKK 109 "Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Bäderbetriebes"
Vorlage: DS0329/07
-

Herr Bromberg erscheint um 19:45 Uhr wieder zur Sitzung und übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Schindehütte informiert über das Abstimmungsergebnis des Bildungsausschusses. Über die einzelnen Beschlussvorschläge wurde dort einzeln abgestimmt.

Beschlussvorschlag 1: 2 – 3 – 1

Beschlussvorschlag 2: 3 – 3 – 0

Beschlussvorschlag 3: 6 – 0 – 0

Frau Wübbenhorst macht ihr Mitwirkungsverbot geltend.

Herr Bromberg fragt nach, warum überhaupt noch eine Ausschreibung erfolgen soll, da doch der Zuschussbedarf für die Bäder bereits im Jahr 2006 auf 0 EUR zurückgefahren wurde. Im Übrigen merkt er an, dass der Punkt 2 des Beschlussvorschlages schwer verständlich formuliert wurde, so dass man diesen kaum verstehen kann.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass man über die Beschlusspunkte der Drucksache einzeln abstimmen sollte.

Herr Stern vertritt den Standpunkt, dass man im Beschlussvorschlag 1 auch Nebenangebote zulassen sollte.

Herr Schindehütte ist der Meinung, dass der Barleber See und der Neustädter See durchaus Überschüsse erwirtschaften können. Des Weiteren hält er es aber für fragwürdig, dass die Erwerber die Preise frei kalkulieren dürfen, da dies zu unsozialen Preisen führen könnte.

Frau Meinecke fragt nach, ob es für die konkrete Übertragung der Bäder dann nochmals eine gesonderte Drucksache geben wird. Dies wird ihr von **Frau Richter** bestätigt.

Herr Westphal macht den Vorschlag, im Beschlussvorschlag 1 die Worte „in einem Los“ streichen zu lassen.

Herr Franke unterstützt diesen Vorschlag nicht, da seiner Meinung nach für die Zulassung von mehreren Losen, die einzelnen Bäder miteinander vergleichbar seien müssten.

Frau Richter macht deutlich, dass der Barleber See Überschüsse erwirtschaftet. Aus diesem Grund kann man ihrer Meinung nach nicht in mehreren Losen ausschreiben, da dann nur die „Sahnstücke“ weggehen würden und die Stadt auf dem Rest „sitzen bleiben“ würde. Im Übrigen macht sie deutlich, dass die Erwerber lediglich bei den Preisen Handlungsspielraum haben, so dass die Entgelte bei einer Ausschreibung freigegeben werden muss, da sonst kein Anreiz bestehen würde, die Bäder überhaupt zu erwerben.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass der Satz 1 im Beschlussvorschlag 2 deutlicher gefasst werden muss, da dieses etwas missverständlich ist.

Frau Richter erläutert daraufhin nochmals ausführlich den Sinn dieses Satzes und ergänzt zu ihren bisherigen Ausführungen, dass in diesem Jahr der Besuchertiefstand trotz weiterer Ausgabensenkungen zu erheblichen Einnahmeeinbußen geführt hat.

Herr Meinecke macht deutlich, dass seiner Meinung nach eine kostendeckende Betreibung der Bäder nicht möglich erscheint.

Herr Zimmermann erinnert daran, dass der Oberbürgermeister im Rahmen einer Haushaltssperre gezwungen ist, die Bäder nicht zu öffnen. Aus diesem Grund bittet er um Zustimmung zu dieser Drucksache.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die einzelnen Beschlussvorschläge der Drucksache getrennt zur Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag 1 der DS0329/07 wird dem Stadtrat mit 5 – 1 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Beschlussvorschlag 2 der DS0329/07 wird dem Stadtrat mit 5 – 2 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Beschlussvorschlag 3 der DS0329/07 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

4.12. HKK-Maßnahme 111 "Straffung der Schulentwicklungsplanung
unter wirtschaftlichen Aspekten - BbS"
Vorlage: DS0301/07

Von den Stadträten wird keine weitere Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht, so dass **Herr Bromberg** diese sofort zur Abstimmung stellt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.13. Schulsportveranstaltungen
Vorlage: A0106/07
- 4.13.1. Schulsportveranstaltungen
Vorlage: S0191/07
-

Nach kurzer Diskussion stellt **Herr Bromberg** den Antrag A0106/07 zur Abstimmung.

Der Antrag wird dem Stadtrat mit 5 – 1 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0191/07 wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.14. Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 108 -
Unterbringung der Verwaltung
Vorlage: DS0318/07
-

Herr Bromberg fragt nach, ob diese Maßnahme aus Sicht der Verwaltung auch tatsächlich umsetzbar ist. Dies wird ihm von **Frau Kobow** bestätigt.

Herr Schindehütte fragt mit Bezug auf die Ausführungen der Drucksache zur Virchowstraße nach, ob der dortige Platz überhaupt ausreichend sei.

Herr Bartholomäus erläutert, dass insgesamt 31 Personen aus dem Objekt in der Virchowstraße in die Gerhardt-Hauptmann-Straße umziehen sollen, so dass sich die Situation u. a. auch durch das Ausscheiden von ATZ-Mitarbeitern entspannen wird.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.15. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: A0116/07
- 4.15.1. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: S0177/07
-

Der Tagesordnungspunkt wurde, wie in TOP 1.1 dargestellt, vertagt.

- 4.16. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/34
- 4.16.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/34/1
-

- 4.16.2. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0143/07
-

Herr Bromberg erläutert kurz den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/34/1 und stellt diesen anschließend zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag DS0126/07/34/1 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen. (Damit ist der Änderungsantrag DS0126/07/34 hinfällig.)

Die Stellungnahme S0143/07 wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.17. Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2007
Vorlage: I0219/07
-

Herr Zimmermann führt aus, dass sich in den alten Bundesländern die Hartz IV-Problematik wesentlich besser darstellt, so dass diese keinen Handlungsbedarf sehen.

Herr Franke verweist in diesem Zusammenhang auf die Föderalismusreform und ist der Auffassung, dass die Verwaltung erst dann anfangen darf zu handeln, wenn die Finanzierung dieser neuen Aufgabenübertragungen vollständig gesichert ist.

Herr Zimmermann erläutert, dass dies so einfach nicht umsetzbar ist, da die Verwaltung auch so tätig werden muss und nur im Rahmen eines Rechtsverfahrens dagegen vorgehen kann.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.18. Neues Kommunales Haushalts- und Kassenwesen (NKHR)
Vorstellung des Schulungskonzeptes
Vorlage: I0198/07
-

In Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung der heutigen Sitzung kommen die Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses überein, die Information I0198/07 auf eine der Folgesitzungen zu vertagen.

Herr Zimmermann macht den Vorschlag, die Behandlung der Information für die Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses am 10. 10. 2007 oder am 24. 10. 2007 einzuplanen.

Dieser Vorschlag wird von den Stadträten unterstützt.

- 4.19. Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2006
Vorlage: DS0356/07
-

Nach kurzer Diskussion stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 6 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.20. Jahresabschluss 2006 der GISE-Gesellschaft für Innovation,
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH)
Vorlage: DS0373/07
-

Von den Stadträten wird keine weitere Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht, so dass **Herr Bromberg** diese sofort zur Abstimmung stellt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.21. Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 116
Vorlage: DS0391/07
-

Herr Zimmermann erinnert an den Grundsatzbeschluss, entsprechend dem insgesamt 4 Mio. EUR über alle Beteiligungen einzusparen sind. Im Übrigen erläutert er, dass alle Gesellschaften das geforderte Einsparpotential in der jeweiligen Höhe bestätigen konnten. Die MVB GmbH schlägt vor, bereits ab dem nächsten Jahr 600 TEUR einzusparen. Des Weiteren macht er deutlich, dass die Einsparungen jedoch auch immer eine Leistungseinschränkung zur Folge haben, das muss allen Beteiligten bewusst sein.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 5 – 2 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

5. Verschiedenes

Herr Bromberg nimmt Bezug auf die nächste Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses am 26.09.2007 und führt aus, dass diese aufgrund der umfangreichen Tagesordnungspunkte ebenfalls wieder um 16:00 Uhr beginnen wird, soweit nicht die Einberufung einer Sondersitzung gewünscht wird.

Die Einberufung einer Sondersitzung wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses nicht gewünscht, so dass die Sitzung am 26.09.2007 um 16:00 Uhr beginnen wird.

Herr Bromberg schließt um 20:30 Uhr die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch
Schriftführer/in